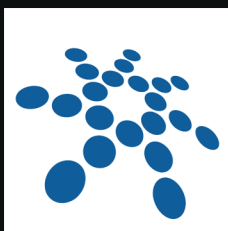




SPD-Unterbezirk Region Hannover

KOALITIONSVERTRAG

Region Hannover 2016 - 2021



CDU

REGIONSVERBAND
HANNOVER

Inhalt

| | |
|---|----|
| Präambel | 3 |
| Miteinander in den Städten und Gemeinden in unserer Region | 4 |
| Verantwortungsvolle Finanz- und Personalpolitik in unserer Region | 5 |
| Gleichstellung in unserer Region..... | 7 |
| Wirtschaft und Beschäftigung in unserer Region..... | 8 |
| Gesundheitsversorgung in unserer Region | 10 |
| Abfallwirtschaft in unserer Region | 12 |
| Umwelt, Klimaschutz und Naherholung in unserer Region | 13 |
| Mobilität in unserer Region..... | 14 |
| Integration von Flüchtlingen in unserer Region | 16 |
| Aktives Leben in unserer Region | 17 |

Präambel

Die Region Hannover kann nunmehr auf ein 15jähriges Bestehen zurückblicken. Sie bietet alle strukturellen Voraussetzungen für ein zukunftsweisendes und erfolgreiches interkommunales Wirken in Ballungsräumen.

Die Region verfügt über eine hervorragende Infrastruktur und weist eine im Verhältnis zu anderen Landkreisen gute Kooperation mit den Städten und Gemeinden auf. Diese schon jetzt gute Zusammenarbeit soll im Sinne einer möglichst breiten Konsensbildung gestärkt werden, ohne dass Partikularinteressen zu großer Raum gewährt werden darf.

SPD und CDU haben sich dazu entschieden, in diesem Sinne zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger gemeinsam in den kommenden fünf Jahren erfolgreich zusammen zu arbeiten. Daher treten wir für einen offenen und konstruktiven Umgang in der Regionsversammlung ein.

Es besteht Einvernehmen darüber, dass die öffentliche Daseinsvorsorge dem öffentlichen Einfluss erhalten bleibt und weiter modernisiert wird. Dazu zählen insbesondere leistungsfähige Krankenhäuser, ein hoch attraktiver ÖPNV, eine moderne Bildungsinfrastruktur sowie bezahlbarer Wohnraum.

Die Region Hannover lebt und gewinnt durch das Engagement ihrer Bürgerinnen und Bürger, die den politischen Kurs in den Städten und Gemeinden und in der Region bestimmen. Wir bekennen uns zu einer verlässlichen Einbeziehung der Menschen, um schon im Vorfeld unnötige Konflikte zu entschärfen und sinnvolle Kompromisslinien zu erreichen. Wir streben eine sachgerechte effiziente Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an relevanten Entscheidungen an.

Wir haben uns darauf verständigt, in den genannten Politikfeldern wie folgt zu verfahren:

Miteinander in den Städten und Gemeinden in unserer Region

Wir haben großes Vertrauen in unsere Städte und Gemeinden, die die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger genau kennen. Im Verhältnis zu anderen Landkreisen arbeiten die Region und ihre regionsangehörigen Städte und Gemeinden partnerschaftlich zusammen. Die Region braucht den Handlungsrahmen, um überörtliche Aufgaben effizient und im Interesse der Bürgerinnen und Bürger zu erledigen. Gleichzeitig wollen wir den Städten und Gemeinden aber auch möglichst große Handlungsspielräume überlassen, damit vor Ort über die Entwicklung entschieden werden kann.

Wir möchten deshalb in einen partnerschaftlichen Dialog eintreten. Im Rahmen einer Aufgabenkritik unter Einbeziehung der Städte und Gemeinden soll geklärt werden, ob tatsächlich Doppelstrukturen in der Aufgabenerledigung zwischen Städten und Gemeinden einerseits und der Region andererseits bestehen. Grundlage dafür bildet die transparente Darstellung aller Aktivitäten der Region. Auch streben wir einen Dialog darüber an, wie bei widerstreitenden Interessen ein Einvernehmen erreicht werden kann. Dieses betrifft beispielsweise den häufig auftretenden Konflikt zwischen der gleichermaßen legitimen Planungshoheit der Städte und Gemeinden und den Belangen, die die Untere Naturschutzbehörde der Region zu vertreten hat.

Wir wissen, wie wichtig finanzielle Handlungsspielräume für eine effektive Aufgabenerledigung der Städte und Gemeinden ist. Dieses gilt in gleichem Maße allerdings auch für die Region. Da sich über eine erneute Entlastung durch den Bund ab 2018 finanzielle Handlungsspielräume für die Region ergeben, haben wir die Absicht, auch die Städte und Gemeinden im Rahmen einer spürbaren Senkung der Regionsumlage daran teilhaben zu lassen.

Um Zugang zu Fördermitteln der EU, des Bundes und des Landes zu erhalten, müssen die regionsangehörigen Städte und Gemeinden in der Regel einen Kofinanzierungsanteil in die Projekte einbringen. Für finanzschwache Kommunen stellt dies eine Hürde für den Zugang zu Fördermitteln dar. Durch die Region Hannover sollen daher flankierende Instrumente entwickelt werden, die helfen, eine etwaige Verstetigung von Strukturschwäche in der Region zu vermeiden und insgesamt zu einer höheren Mittelbindung aus EU-, Bundes- und Landesfördertöpfen für das gesamte Regionsgebiet führen.

Gemeinsam soll geprüft werden, ob Investitionen der Kommunen im Brand- und Katastrophenschutz durch die Region Hannover gefördert werden.

Verantwortungsvolle Finanz- und Personalpolitik in unserer Region

Um eine erfolgreiche Entwicklung der Region Hannover zu gewährleisten, müssen wir eine solide Finanzpolitik gestalten. In Anlehnung an die Leitlinien einer strategischen Finanzpolitik wird es in den nächsten Jahren darum gehen, die eingeleitete Konsolidierung des Regionshaushaltes weiter zu entwickeln, die Investitionstätigkeit in wichtige Zukunftsthemen zu stärken, aber auch durch Maßnahmen der Aufgabenkritik mögliche Potentiale für eine weitere Optimierung der Aufgabenerledigung zu identifizieren.

Eine verantwortungsvolle und nicht zuletzt dem Gedanken der Generationengerechtigkeit verpflichtete Finanzpolitik verbindet eine solide Einnahmen- und Ausgabenpolitik für ausgeglichene Haushalte mit klugen Investitionen in unsere Zukunft. Das eine ist ohne das andere nicht möglich. Daher wollen wir eine sparsame Haushalts- und Finanzpolitik verfolgen, ohne notwendige Investitionen zu vernachlässigen.

Die regionsangehörigen Kommunen sind Partnerinnen der Region. Sie sind daher an der finanziellen Gesamtentwicklung der Region zu beteiligen, finanzschwächere Städte und Gemeinden sollen weiterhin unterstützt und entlastet werden.

Folgende Ziele werden vereinbart:

Konsolidieren

Durch eine am verfügbaren Ressourcenrahmen orientierte Planung sowie eine effiziente Haushaltsbewirtschaftung ist es in den vergangenen Jahren gelungen, die Gesamtverschuldung der Region signifikant zu senken. Dennoch sind weitere Konsolidierungsanstrengungen erforderlich. Ziel ist es, die Altfehlbeträge bis zum Abschluss der Wahlperiode um 100 Mio. Euro zu reduzieren. Notwendig sind daher jährliche Überschüsse von 20 Mio. Euro im Ergebnishaushalt. Die Überschüsse sollen durch einen kontinuierlichen Prozess der Aufgabenüberprüfung erreicht werden. Dazu sollen in regelmäßigen Abständen neue Projekte für die Aufgabenkritik definiert, über Ergebnisse der bisherigen Projekte berichtet und Änderungen und Maßnahmen beschlossen werden. Ziel ist es, die wesentlichen Produkte der Region Hannover in den nächsten fünf Jahren einer Überprüfung zu unterziehen.

Investieren

Herausforderungen in zentralen Aufgabenbereichen der Region Hannover wie zum Beispiel: Bildung, Verkehr, Gesundheit/Krankenhäuser, Wohnungsbau oder Naherholung machen eine Intensivierung der Investitionstätigkeit der Region notwendig. Ziel ist es daher, in der neuen Wahlperiode jährlich Investitionsmittel in Höhe von 100 Mio. Euro bereit zu stellen.

Entlasten

In der abgelaufenen Wahlperiode ist die Regionsumlage mehrfach gesenkt worden, insgesamt sind die Kommunen jährlich wiederkehrend deutlich entlastet worden. Trotz schwierigerer Rahmenbedingungen sollen die Hebesätze der Regionsumlage für das Jahr 2017 stabil gehalten werden. Für 2018 ist unsere feste Absicht - insbesondere auch angesichts der Spielräume, die durch das auf der Bundesebene beschlossene Entlastungspaket für die Kommunen eröffnet werden - eine weitere, spürbare Senkung der Umlagesätze zu realisieren.

Weiterhin bekennen wir uns ausdrücklich dazu, unsere Unternehmen der öffentlichen Daseinsvorsorge auch weiterhin in öffentlicher Hand zu behalten, um für alle Menschen in der Region Hannover eine gleichermaßen hohe Qualität der erforderlichen Dienstleistungen zu gewährleisten, Privatisierungen schließen wir aus.

Personal

Die Region Hannover ist heute auch personell gut für die Erledigung ihrer vielfältigen Aufgaben aufgestellt. Damit das so bleibt, ist es gemeinsames Ziel, als Arbeitgeberin auch weiterhin attraktiv für motivierte und gut qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu bleiben, ohne die eine professionelle Aufgabenerledigung nicht gelingen kann.

Gleichzeitig gilt auch für die Personalbewirtschaftung der Grundsatz von Effizienz und Sparsamkeit. Vorbehaltlich externer und für die Region Hannover nicht beeinflussbarer Rahmenbedingungen sollen Ausweitungen des Stellenplans daher vermieden werden. Es soll sorgfältig geprüft werden, inwiefern die vorhandene Personalausstattung den tatsächlichen Erfordernissen entspricht, dabei ist auch eine Stellungnahme des Gesamtpersonalrates in die abschließende Beurteilung des Sachverhaltes einzubeziehen.

Um die Altersabgänge in den kommenden Jahren aufzufangen und einen Wissenstransfer in der Verwaltung von Erfahrenen zum Nachwuchs zu gewährleisten, soll weiter nachhaltige Nachwuchssicherung durch eigene Ausbildung betrieben werden.

Die Region steht vor der Herausforderung, in den nächsten Jahren eine erhebliche Anzahl von aus Altersgründen ausscheidenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ersetzen zu müssen. Es wird deshalb im besonderen Maße Wert auf zielgerichtetes Marketing für die Region als attraktive Ausbildungsbehörde/Arbeitgeberin zu legen sein. Neben dem weiteren Ausbau der Nachwuchsförderung und der Führungskräftequalifizierung sowie einer Stärkung des Programms für Quereinsteigende (Möglichkeit der Beschäftigung von Verwaltungsfremden) soll die Region Hannover ihrem Ruf als familienfreundliche Arbeitgeberin gerecht werden. Entsprechende Maßnahmen (beispielsweise Kinderkrippe, Ferienbetreuung, flexible Arbeitszeitmodelle), die letztlich auch die berechtigten Interessen der Arbeitgeberin berücksichtigen, sind dazu geeignet, eine sachgerechte Arbeitserledigung und

stetige Weiterentwicklung hin zu einem kundenorientierten Dienstleistungsbetrieb zu gewährleisten. Es ist eine weitere Erhöhung des Anteils an Beschäftigten mit interkulturellen Kenntnissen (interkulturelle Öffnung der Regionsverwaltung) anzustreben, um der sich ändernden gesellschaftlichen Wirklichkeit Rechnung zu tragen.

Gleichstellung in unserer Region

Gemeinsam für Gleichstellung in allen Bereichen

Die Gleichstellung von Frau und Mann in allen Gesellschaftsbereichen ist noch nicht vollendet. Wir wollen daher in allen Politikfeldern der Region Maßnahmen ergreifen, um das Ziel Gleichstellung zu verwirklichen. Weiterhin werden wir auch dafür eintreten, dass alle Menschen in der Region Hannover unabhängig von Geschlecht, Alter, Herkunft, Behinderung, Religion oder sexueller Identität, diskriminierungsfrei leben können. Der Abbau von Diskriminierung, Homo- und Transphobie ist und bleibt für uns Querschnittsaufgabe in allen politischen Bereichen.

Besondere Schwerpunkte setzen wir in den Bereichen Arbeitsmarkt und Beruf und dem Schutz vor Gewalt:

In allen Bereichen des Berufslebens wollen wir eine echte Chancengleichheit für Frauen. Das bedeutet insbesondere, dass wir die positive Entwicklung in der Regionsverwaltung bei der Erhöhung des Anteils von weiblichen Führungskräften weiter unterstützen und fördern werden. Zudem wollen wir in den Regionsunternehmen über die Aufsichtsratsgremien unseren Einfluss geltend machen, um auch dort den Anteil an weiblichen Führungskräften zu steigern. Darüber hinaus setzen wir uns für eine gleiche Entlohnung für gleiche Arbeit von Frauen und Männern ein (Equal Pay).

Die Erhöhung der Frauenerwerbsarbeit ist daneben ein Schwerpunkt unserer Beschäftigungspolitik. Auch aus diesem Grunde fördern wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und Männer. Frauenpolitik ist zwar nicht gleich Familienpolitik – die Vereinbarkeit von Familie und Beruf entscheidet aber oft darüber, ob Frauen ihre Erwerbsarbeit fortführen oder nach einer Pause wieder aufnehmen können. Auch für Väter sollen Maßnahmen ergriffen werden, um eine partnerschaftliche Aufteilung von Familien- und Erwerbsarbeit zu ermöglichen.

Wir setzen uns für den Aufbau von Netzwerken für Frauen, wie z.B. „Frauen in der Wirtschaft“ oder Alleinerziehende ein. Die entsprechenden Koordinierungsstellen der

Region Hannover werden weiter gestärkt. Nach wie vor bedarf es Maßnahmen zum Schutz vor Gewalt. Wir wollen Gewalt gegen Frauen und Mädchen, insbesondere häuslicher und sexueller Gewalt, mit wirksamen Mitteln begegnen und alle Anstrengungen unternehmen, um ihren Ursachen entgegenzuwirken. Wir bekennen uns zu den Beratungsstellen gegen häusliche und sexuelle Gewalt und streben einen flächendeckenden Ausbau im gesamten Regionsgebiet an. Es darf keine weißen Flecken ohne Beratungsstellen in der Region Hannover geben.

Die Arbeit, die in Frauenhäusern geleistet wird, ist von unschätzbarem Wert. Die Zuflucht für Hilfe suchende Frauen und Kinder, die z. B. vor häuslicher Gewalt fliehen, muss weiter vollumfänglich, unbürokratisch und kurzfristig gewährleistet sein. Den Ausbau der finanziellen und substanziellen Förderung von Frauenhäusern werden wir weiter vorantreiben.

Wir haben in der Vergangenheit die Hilfen für Frauen deutlich ausgeweitet. Dies wollen wir vollenden und in jeder regionsangehörigen Kommune eine Stelle einrichten, an die sich Frauen wenden können.

Wirtschaft und Beschäftigung in unserer Region

Wir wollen in den kommenden fünf Jahren für die Region Hannover gute Rahmenbedingungen für Wachstum und Beschäftigung schaffen und gezielt in die Sicherung der notwendigen Fachkräftebasis investieren. Dabei soll die Wettbewerbsfähigkeit, insbesondere der in der Region Hannover beheimateten kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU), gestärkt werden.

Wachstumsmöglichkeiten für neue Arbeitsplätze schaffen – Zukunftsbranchen und KMU stärken

Wir stehen zum Erhalt und Ausbau der Logistik-, Produktions- und Gesundheitswirtschaft in der Region Hannover. Zur Stärkung der Gesundheitswirtschaft wollen wir dabei eine Intensivierung der Aktivitäten von hannoverimpuls und der Metropolregion. Es gilt, die Kreativwirtschaft als eine Zukunftsbranche in der Region Hannover weiter zu entwickeln.

Ein marktgerechtes Flächenangebot für das verarbeitende Gewerbe, die Industrie, das Handwerk und den Dienstleistungssektor wollen wir durch neue Flächenausweisungen ermöglichen. Gleichzeitig werden wir neue Wege zur Förderung von Spin-Offs (Ausgründungen) unterstützen.

Beschäftigungschancen verbessern – Fachkräfte sichern

Das Programm gegen Jugendarbeitslosigkeit werden wir fortführen und verstetigen und das Projekt der Jugendberufsagenturen weiter ausbauen. Mit einem jährlichen Gesamtbudget von bis zu 1,5 Mio. Euro wollen wir Projekte im Bereich des Übergangs von der Schule in die Berufsausbildung entwickeln und fortführen, wie zum Beispiel die Talentdiagnose als Instrument der Berufsorientierung. Dabei bildet insbesondere die Fortführung des Ausbildungslotsensystems als strategischer Baustein des Handlungsfeldes „Übergang Schule-Beruf“ einen Schwerpunkt.

Um den Wissenschaftsstandort Region Hannover zu stärken und hier Fachkräfte zu sichern, unterstützen wir die Entwicklung eines regionsweiten Programms KMUni.

Wir setzen uns weiterhin dafür ein, die Beteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt und ihrer Aufstiegschancen zu fördern. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die Möglichkeit der Rückkehr nach einer Familienphase soll begleitend unterstützt werden. Dazu ist die Koordinierungsstelle Frau und Beruf weiter zu stärken.

Aufgrund des demografischen Wandels gilt es, Arbeitsplätze für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu erhalten und auszubauen. Als weiteres Ziel behalten wir die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit im Blick.

Die Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen muss beschleunigt werden, auch wenn dies grundsätzlich im Zuständigkeitsbereich des Landes Niedersachsen liegt.

Digitalisierung von Wirtschaft und Arbeit gestalten

Die flächendeckende Breitbandversorgung und den Ausbau guter Netze in der gesamten Region Hannover wollen wir fortschreiben und weiter voranbringen.

In Zusammenarbeit mit Kammern und Innungen in der Region wollen wir „Netzwerke guter Praxis“ („best practice“-Beispiele im Bereich Arbeitsorganisation und Weiterbildungsmaßnahmen) initiieren und ausschreiben, um von den besten Beispielen zu lernen und zu profitieren. Die Arbeitsplatzsicherheit ist dabei als qualitatives Ziel zu definieren.

Für den regelmäßigen Dialog zwischen Sozialpartnern, Kammern, Handwerk und Unternehmen zu Problemfeldern und Lösungsmöglichkeiten hinsichtlich der Anforderungen an die sogenannte „Wirtschaft 4.0“ initiieren wir die Dialogplattform „Wirtschaftsregion 4.0“. Diese soll sich insbesondere mit den Fragen, wie Arbeitsplätze im digitalen Wandel erhalten und gestaltet werden können, beschäftigen. Nach einer angemessenen Zeit soll dann eine Evaluierung erfolgen.

Standort sichern und entwickeln

Im Umfeld des neuen Maschinenbau-Campus in Garbsen und des Technologieparks Hannover in Marienwerder soll ein Technologiecampus Garbsen-Marienwerder

entstehen, um die Aktivitäten zum Wissens- und Technologietransfer (u.a. die Förderung des Bereiches Mechatronik und Robotik) für die regionale Wirtschaft zu entwickeln bzw. zu unterstützen.

Wir wollen die Revitalisierung von Brachflächen fördern. Dazu soll zur Aufbereitung und zum anschließenden Verkauf von mit Altlasten belasteten Grundstücken in der Region Hannover u.a. ein Fonds gebildet werden.

Die Genehmigungsverfahren bei Neugründungen müssen beschleunigt und vereinfacht werden. Wir wollen die Zusammenarbeit aller Beteiligten im Bereich des Standortmarketings hin zu einer noch effizienteren Wirtschaftsförderung mit weiteren Synergieeffekten für die Region Hannover und die Landeshauptstadt optimieren. Europäische-, Bundes- und Landesfördermittel müssen konsequent eingeworben werden. Die Zusammenarbeit der regionalen, lokalen Wirtschaftsförderung und hannoverimpuls gilt es weiter zu intensivieren.

Gesundheitsversorgung in unserer Region

Die Region Hannover erbringt als Trägerin der Klinikum Region Hannover GmbH einen wesentlichen Beitrag zur gesundheitlichen Daseinsvorsorge für die Bürgerinnen und Bürger in der Landeshauptstadt und im Umland Hannovers. An der öffentlichen Trägerschaft für das Klinikum halten wir fest.

Unser Ziel ist es, durch motiviertes und qualifiziertes Klinikpersonal eine bestmögliche Patientenversorgung flächendeckend im Regionsgebiet anzubieten. Die bestehenden Krankenhausstandorte sollen erhalten bleiben.

Die bereits eingeleiteten und auch künftig erforderlich werdenden Veränderungsprozesse (beschlossene Medizinstrategie 2020) mit dem Ziel der qualitativen medizinischen, pflegerischen, baulichen und wirtschaftlichen Weiterentwicklung der KRH GmbH werden wir inhaltlich und gegebenenfalls finanziell unterstützen. Das vor mehreren Jahren eingeleitete wirtschaftliche Konsolidierungsprogramm muss erfolgreich fortgesetzt werden.

Gleichzeitig werden wir im Rahmen der Medizinstrategie die Optimierung der Versorgungsangebote in den Krankenhäusern der KRH GmbH weiter fördern. Dieser Prozess umfasst die weitere Abstimmung der Leistungsangebote innerhalb der KRH, die Verbesserung von Ablaufstrukturen sowie die Nutzung von Synergien.

Außerdem soll die flächendeckende Grund- und Regelversorgung an den jetzigen Standorten gesichert, das altersmedizinische Versorgungsangebot ausgebaut und die Notfallmedizin gestärkt werden. An den einzelnen Standorten soll zudem eine qualifizierte Schwerpunktbildung erfolgen. Eine Kampagne zur Imageverbesserung

und die Erhöhung der Transparenz gegenüber der Bevölkerung bei Planungen der KRH sind weitere Elemente dieses Prozesses.

Die bestehenden Geburtsstationen in den KRH-Kliniken werden fortgeführt.

Die von der Regionsversammlung beschlossene Neuordnung der Standorte Großburgwedel und Lehrte soll realisiert werden.

In Springe soll dauerhaft eine Notfallambulanz etabliert werden. Die Regionsverwaltung wird bis zum 28. Februar 2017 unter Beteiligung der KRH GmbH, der Stadt Springe, der niedergelassenen Ärzte und der Vertretung des Runden Tisches eine Konzeption für eine nachhaltige Lösung unter Berücksichtigung der Aspekte Öffentlichkeitsarbeit, der Erreichbarkeit und der ärztlichen Betreuung der Notfallambulanz vorlegen.

Das Versorgungsangebot in der Kinder- und Jugendpsychiatrie soll durch einen Neubau am Standort Wunstorf spürbar verbessert werden.

Für diese Weiterentwicklung der KRH werden Investitionen notwendig sein, die das Unternehmen nicht selbst erwirtschaften kann. Wir sehen das Land Niedersachsen verpflichtet, seinen gesetzlichen Finanzierungsauftrag für solche Investitionen zu erfüllen. Die Region Hannover kommt jedoch nicht umhin, eigene Finanzmittel zu diesen Veränderungen über den Regionshaushalt aufzubringen. Wir sehen darin einen Investitionsschwerpunkt der Region Hannover in dieser Wahlperiode und sind bereit, im Rahmen der Leistungsfähigkeit der Region Hannover diese Mitfinanzierung aufzubringen.

Wir werden als Region Hannover im Rahmen unserer Möglichkeiten die Kassenärztliche Vereinigung dabei unterstützen, die Patientenversorgung durch niedergelassene Ärzte in allen Teilen des Regionsgebietes sicherzustellen.

Wir werden uns des Weiteren gemeinsam mit den anderen Krankenhausträgern in der Region an einer Verbesserung und Ausweitung der Hebammenausbildung beteiligen.

Die rettungsdienstliche Versorgung wird durch den neuen Bedarfsplan geordnet; durch regelmäßige Fortschreibung soll der erreichte hohe Standard in der Region weiterhin gewährleistet werden. Wir setzen uns für die Einrichtung eines Runden Tisches zur Notfallversorgung mit den anderen Krankenhausträgern in der Region ein, damit Abmeldungen der Notfallambulanzen und Fachabteilungen nur im Ausnahmefall erfolgen.

Pflege in der Region

Der pflegerischen Versorgung kommt angesichts der demografischen Veränderungen in unserer Gesellschaft weiterhin große Bedeutung zu. Dazu werden wir den bedarfsgerechten Ausbau und die Verstärkung der Dienstleistungen der

Pflegestützpunkte im Regionsgebiet voranbringen und für die Betroffenen Transparenz über Beratungs- und Leistungsangebote schaffen.

Das selbstbestimmte Leben von Seniorinnen und Senioren sowie Menschen mit Behinderungen in ihrem vertrauten Wohnumfeld soll weiter durch den Einsatz von Wohnberatung unterstützt werden. Die Ausbildung von Pflegekräften im Rahmen der generalisierten Pflegeausbildung werden wir unterstützend begleiten.

Abfallwirtschaft in unserer Region

Wir bekennen uns zur kommunalen Abfallentsorgung und sprechen uns gegen Privatisierung im Bereich der Abfallentsorgung im Sinne der Nachhaltigkeit, Steuerungsmöglichkeit und Servicequalität aus. Der Blick auf die Kosten und Wirtschaftlichkeit darf dabei nicht vernachlässigt werden. Der Abfallwirtschaftsbetrieb (aha) soll nach den weitreichenden Strukturveränderungen der vergangenen Jahre unter Berücksichtigung und Erhalt der Arbeitsplätze stabilisiert werden.

Der Status Quo mit der Abfalltonne als Regelbehälter soll erhalten bleiben. Die Verwendung des Restmüllsacks bleibt unter den jetzigen Bedingungen erhalten.

Das Mindestvolumen beim Restmüll wird reduziert. Die Fachverwaltung in Kooperation mit aha wird einen entsprechenden Umsetzungsvorschlag unterbreiten.

Zur Verbesserung der Servicequalität und zur Identifizierung von Einsparpotenzialen werden folgende umfängliche Prüfaufträge verabredet. Die darin enthaltenen Fakten und Zahlen bilden die Basis, um Handlungsstrategien zu entwickeln und um konzeptionell zur Erreichung des gemeinsamen Zieles zu arbeiten:

Prüfauftrag zur Vereinfachung des Gutscheinsystem und zur Serviceverbesserung für Restmüllsäcke; Prüfauftrag zur flächendeckenden Einführung einer Bio- und Papiertonne als Standard mit Umstellung auf 14-täglichen Abholintervall; Prüfauftrag zum Mahn- und Inkassosystem; Prüfauftrag zu den Entsorgungs- und Verwertungsverfahren sowie Prüfauftrag zur Wirtschaftlichkeit der Mechanisch-biologischen Aufbereitungsanlage (Kalte Rotte) in Lahe.

Die O-Tonne, eingeführt als strategische Entscheidung, muss weiterentwickelt werden, mit dem Ziel, dass sie als Wertstofftonne möglichst Leichtverpackungen und stoffgleiche Nichtverpackungen einsammelt. Wenn dies im Laufe der Wahlperiode nicht gelingt, soll die O-Tonne unter den aktuellen Sammelvoraussetzungen rückabgewickelt werden.

Umwelt, Klimaschutz und Naherholung in unserer Region

Mit dem Regionalen Raumordnungsprogramm (RROP) ist der Rahmen für die Gebietsentwicklung in den nächsten zehn Jahren geschaffen worden. Bis 2050 wollen wir die klimaneutrale Region verwirklichen. Wir wollen den Reichtum der Lebensräume in der Region Hannover erhalten, schützen und nachhaltig verbessern.

Um diese Ziele zu erreichen, planen wir in den nächsten fünf Jahren folgende Maßnahmen oder Prüfaufträge:

Umwelt- und Klimaschutz

Die Förderung der Umweltbildung ist ein wichtiger Schwerpunkt der Wahlperiode.

Wir setzen das Programm „100% Klimaschutz“ um. Die Klimaschutzagentur wird weiter unterstützt, und Projekte der Agentur werden ermöglicht. Es ist zu prüfen, ob der „Pro Klimafonds“ auf die gesamte Region ausgedehnt werden kann. Im Bereich der Altlastenerkundung wollen wir am bestehenden Programm festhalten.

Die Fortsetzung der Finanzierung der Ökologischen Station Steinhuder Meer (ÖSSM) und der Ökologischen Station Mittlere Leine (ÖSML) sichern wir. Die Hannoversche Moorgeest ist unter Einbeziehung aller Akteure weiter zu entwickeln.

Die energetische Sanierung der regionseigenen Gebäude führen wir weiter. Dabei setzen wir verstärkt auf die Nutzung von Solarenergie. Die Anwendung von Energie-Contracting Modellen ist zu prüfen.

E-Mobilität wird durch die Installation ausreichender Stromtankstellen an den regionseigenen Liegenschaften unterstützt. Ein Pilotprojekt zur Verbesserung der Lebens- und Umweltqualität in sozialbenachteiligten Wohnquartieren wird in Kooperation mit der KSG angestrebt.

Landschafts- und Naturschutzgebiete (LSG/NSG)

Die vorhandenen Schutzgebiete sollen erhalten bleiben. Ein besonderes Augenmerk gilt in diesem Kontext der qualitativen Verbesserung. Wir möchten prüfen, einen Pool der LSG-Kulisse zu bilden, um mittels jährlicher Bilanzierung Erleichterungen der Erweiterungs- und Teillöschungsverfahren zu ermöglichen.

Wir verfolgen die Umsetzung der Ziele des Landschaftsrahmenplans. Ein Augenmerk gilt der Ausweitung des Vertragsnaturschutzes mit der Landwirtschaft als Partner in Schutzgebieten. Die biologische Vielfalt ist zu erhalten und zu fördern, die bestehenden Programme sind fortzuführen. Der Hochwasserschutz soll optimiert werden, mit Flächenzukauf sofern sinnvoll und zielführend.

Regionalplanung

Der Mindestabstand von 800 m von Windkraftkraftanlagen zur Wohnbebauung wird nach zwei Jahren nach neuesten Kenntnissen und dem Stand der Wissenschaft evaluiert. [Vgl. BDs 3392 (III)]

Naherholung

Das Naherholungsprogramm wird weiterentwickelt und umgesetzt. Für die Naherholung ist ein Unterhaltungsmanagement einzurichten. Eine App zur Verbesserung des Marketings, des Services und der Möglichkeit der Meldungen von Missständen an der Naherholungsinfrastruktur soll entwickelt werden. Der Masterplan Zoo wird umgesetzt und weiterentwickelt.

Steinhuder Meer

Künftig ist sicherzustellen, dass eine gemeinsame Nutzung durch die unterschiedlichen Interessengruppen, beispielsweise Tourismus, Naherholung, Freizeit, Sport und Landwirtschaft, möglich bleibt. Eine einseitige Verschiebung zu Lasten einer Interessengruppe ist auszuschließen.

Mobilität in unserer Region

Die Region Hannover verfügt deutschlandweit über eines der attraktivsten ÖPNV-Angebote. Wir wollen das gute Angebot erhalten und punktuell weiter ausbauen. Wir wollen notwendige und gewünschte Mobilität für alle Menschen in der Region Hannover fördern. Deshalb hat für uns die Fortführung des barrierefreien Ausbaus der ÖPNV-Infrastruktur Priorität.

Für Kinder und Jugendliche wird zum 01.01.2018 ein massiv rabattiertes ÖPNV-Angebot eingeführt. Die bestehende SparCard Schüler wird in eine Netzkarte umgewandelt, die für einen Monatspreis von 15 EUR eine freie Fahrt ohne Zonen- und Zeitbeschränkung im ÖPNV in der Region Hannover ermöglicht. Zugang zu diesem Angebot sollen neben allen Vollzeit-Schülerinnen und -Schülern auch Jugendliche erhalten, die z.B. ein FSJ absolvieren oder die in der schulischen Ausbildung sind.

Nach dem 31.12.2019 findet unter Einbeziehung der Jugendverbände und Jugendvertretungen eine Evaluierung über die Nutzungsquote statt. Sollten unter 50% der Nutzungsberechtigten von dem neuen Angebot Gebrauch machen, wird zum 01.01.2020 eine weitere Maßnahme, wie z.B. die Einführung einer kostenfreien Nutzung des ÖPNV am Wochenende folgen.

Sämtliche unten aufgeführten Maßnahmen stehen unter dem Vorbehalt der Finanzierbarkeit.

Wir setzen uns ein für eine Umsetzung und Fortschreibung des Verkehrsentwicklungsplanes „pro Klima“, die Verbesserung der Direktverbindungen auch aus den angrenzenden Landkreisen, eine kostenneutrale Vereinfachung und Optimierung des Tarifsystems in der ersten Hälfte der Wahlperiode und weitere Stadtbahnverlängerungen zur Erhöhung des ÖPNV-Angebotes.

Außerdem soll geprüft werden, ob und zu welchen Bedingungen kostenloses WLAN im ÖPNV und USB-Ladestationen in Abstimmung mit den Städten und Gemeinden eingerichtet werden können.

Wir plädieren dafür, nach der durchgeführten Evaluierung ggf. im Rahmen der Fortschreibung des Investitionsprogramms eine Anschaffung weiterer E-Busse vorzunehmen.

Im Rahmen der Umsetzung des Handlungskonzepts Radverkehr streben wir eine Erhöhung des Anteils ressourcenschonender Mobilität, inter- und multimodale Verkehrsangebote sowie den Ausbau der Infrastruktur an. Der Radwegebedarfsplan ist umzusetzen. Der Ausbau von Radschnellwegen soll nur in Abstimmung mit den Kommunen erfolgen, dabei sind mögliche Synergieeffekte mit Naherholungswegen und notwendigen Verkehrswegen zu nutzen. Mit Blick auf die Straßen- und Radwegeinfrastruktur ist das hohe Unterhaltungsniveau beizubehalten, und es sind die erforderlichen Mittel für den Neubau von Radwegen bereit zu stellen; dabei geht Sanierung vor Neubau!

Wir werden uns dafür einsetzen, dass RegioBus ab 2020 über den längst möglichen Zeitraum einen Öffentlichen Dienstleistungsauftrag (ÖDA) für das Regionalbusnetz erhalten kann.

Das Regionalbusnetz soll, wie bereits eingeleitet, überplant und unter Berücksichtigung der Ergebnisse optimiert werden.

Weiterhin beabsichtigen wir, ein Verkehrssicherheitskonzept („vision zero“) zur Reduzierung tödlicher Unfälle im Straßenverkehr einzuleiten, dessen Bausteine u.a. aus Verkehrserziehung, Verkehrsüberwachung, Öffentlichkeitsarbeit und baulichen Maßnahmen zur Fahrgastsicherheit bestehen.

Wir bekennen uns zur Beibehaltung und Fortführung des Fahrgastbegleitservices der üstra, die Ausweitung des Begleitservices für Städte mit Stadtbahnenverkehr der üstra soll geprüft werden.

Insgesamt wird eine nachfrage- und kundenorientierte Stärkung des ÖPNV-Angebots intendiert (z.B. Verkauf von Sammeltickets).

Die Stadtbahnstrecke D wird wie geplant fertiggestellt. Gemeinsam mit der LHH erfolgt eine Prüfung von Optionen, wie eine spätere unterirdische Trassenführung (D-Tunnel) offen gehalten werden könnte. Die Einführung einer neuen Stadtbahnlinie über vorhandene Gleise von Ahlem in den A-Tunnel wird geprüft.

Darüber hinaus wird eine Wirtschaftlichkeits- und Effizienzanalyse bei der üstra und bei Regiobus durch externe Begutachtung durchgeführt.

Die bestehenden Rechtsformen und die Gesellschafterverträge von der üstra AG, der infra GmbH und der Regiobus GmbH sind auf Veränderungspotentiale zu überprüfen.

Wir sind uns darüber einig, dass der Zuschussbedarf des ÖPNV, unbeachtet der üblichen Kostensteigerungen und der vereinbarten Maßnahmen, stabil gehalten werden soll.

Integration von Flüchtlingen in unserer Region

Nachdem Aufnahme, Erstunterbringung und Versorgung der Flüchtlinge erfolgreich bewältigt wurden, sind nun ihre Integration und die Schaffung von Wohnraum die größten Herausforderungen.

Die Integration ist die gemeinsame Aufgabe aller hier lebenden Menschen. Dabei müssen die Sorgen und Ängste der Bevölkerung aufgenommen werden. Wir müssen dafür sorgen, dass die Angekommenen die Regeln unseres Zusammenlebens kennenlernen und akzeptieren.

Es gibt aber auch Menschen, die weder Flüchtlingsschutz noch Asyl beanspruchen können und damit ausreisepflichtig sind. Hier sind die gesetzlichen Änderungen des Asylrechts anzuwenden und diese Menschen wieder in ihre Heimatstaaten zurückzuführen.

Wir wollen die Gesellschaft zusammenhalten, Ängste und Vorurteile abbauen und allen Menschen ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen – unabhängig von ihrer Herkunft.

In koordinierender und unterstützender Rolle der Region Hannover wollen wir die Angebote zum Erlernen der deutschen Sprache ausbauen und zielgruppengerechte Möglichkeiten an Sprach- u. Integrationsangeboten für Erwachsene schaffen. Die Förderung von Kindern und Jugendlichen in Kita und Schule wird verstärkt.

Wir setzen uns dafür ein, die Chancen auf Anerkennung und Nachholung von Berufsabschlüssen und auf berufliche Weiterbildung zu vergrößern, die Ausbildung und die Arbeitsmarktintegration von Zugewanderten und Geflüchteten in Kooperation mit der Agentur für Arbeit, dem JobCenter, den Kammern und weiterer Partner zu unterstützen.

Das digitale Informationsportal auf Grundlage der Internetseite www.hannover.de/fluechtlinge ist für ehrenamtliche Helferinnen und Helfer

auszubauen. Es soll Informationen über die unterschiedlichen Fragen im Rahmen der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit in der Region Hannover bieten und auf entsprechende Unterstützungsangebote auf Landes- und Bundesebene verweisen.

Besonderen Schutzes bedürfen geflüchtete Frauen und Mädchen, denn sie haben oft schreckliche traumatische Fluchterlebnisse. Hier muss ein sensibles Augenmerk auf Unterbringung und Beratungsmöglichkeiten gerichtet werden.

Kultur und Sport können bei der Integration durch ihre Wirkung auf Zusammenhalt, Verständigung und Identifikation der Menschen Brücken bauen. Sie gilt es besonders in den Blick integrativer Maßnahmen zu nehmen.

Aktives Leben in unserer Region

Alle Menschen in der Region Hannover sollen ihren Anlagen und Fähigkeiten entsprechend die Chance auf Selbstverwirklichung haben. Diese freie Entfaltung kann nur in der Gemeinschaft gelingen. Deshalb ist es auf kommunaler Ebene wichtig, die Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge als Rückhalt für die Einzelnen in allen Lebenslagen zu gewährleisten. Wir stehen für eine soziale Region Hannover.

Jugend

Eines der wichtigsten Anliegen der beiden Koalitionspartner besteht in der weiteren Förderung von Familien, insbesondere von Kindern und Jugendlichen. Wir wollen daher die Familien stärken, indem wir die Bildungschancen erhöhen und den Ausbau der Kinderbetreuung voran bringen. Auch in diesem Zusammenhang gilt, dass sämtliche als wünschenswert genannten Maßnahmen unter Finanzierungsvorbehalt stehen.

Aus diesem Grunde wollen wir die Politik für Chancengleichheit mit den Schwerpunktsetzungen „Frühe Hilfen - Frühe Chancen“ und dem Ausbau der Sprachförderung (z. B. Programm „Wortschatz“) fortsetzen. Für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind die Kinderbetreuungsangebote auszubauen, dabei ist verstärkt auf die Angleichung der Standards in den Regionskommunen zu achten.

Für eine Weiterentwicklung der Betreuungsangebote wollen wir die finanzielle Förderung weiterer bedarfsgerechter Betreuungseinrichtungen sowie die Förderung neuer Plätze in Kindertagesstätten durch Neubauten, Erweiterungsbauten oder durch den Umbau von bestehenden Gebäuden zu Kindertagesstätten unterstützen. In diesem Zusammenhang sind auch die Fördermöglichkeiten für die Einrichtung von Betriebskitas stärker zu bewerben. Darüber hinaus soll die Anschubfinanzierung und Konzeptionierung der Weiterentwicklung von Kitas zu Familienzentren geprüft werden. Ebenso sind neue Anforderungen wie Inklusion oder der Ganztagsbetrieb

unter Berücksichtigung des Kindeswohls und die Qualitätsentwicklung in den Kitas zu bewältigen.

Betreuung und frühkindliche Bildung sind maßgebend für den späteren Bildungserfolg in Schule und Beruf. Deshalb wollen wir eine gezielte Stärkung der Entwicklungs- und Teilhabechancen von Kindern und Jugendlichen erreichen. Die im Sozialbericht 2015 beschriebenen Problemlagen, wie zum Beispiel bei den Schuleingangsuntersuchungen, müssen daher systematisch aufgegriffen werden, um so gut wie möglich Abhilfe zu schaffen.

Für das Jugend-, Gäste- und Seminarhaus Gailhof und das Kinder- und Jugendheim Waldhof wollen wir auch in den kommenden fünf Jahren die notwendigen Investitionen tätigen.

Die Senkung der Jugendarbeitslosigkeit bleibt ein wichtiges Ziel, deswegen wird das Programm gegen Jugendarbeitslosigkeit unter Einbeziehung der Evaluation der geförderten Projekte weitergeführt. Um Beratungsangebote „unter einem Dach“ zu ermöglichen, sind die Jugendberufsagenturen beim Übergang von der Schule in den Beruf als besonderer Schwerpunkt fortzuführen und weiter auszubauen.

Bildung

Eine gute Bildung ist wichtig für die Zukunft unserer Kinder und Jugendlichen, damit sie sich entfalten und entwickeln können. Es darf kein Kind zurückgelassen werden. Deshalb wollen wir die Sanierung und Modernisierung der Schulen in Trägerschaft der Region weiter vorantreiben und Investitionen und Sanierungen in Neu- bzw. Erweiterungsbauten (wie z. B. Förderschulen Auf der Bult und die Schule am Wasserwerk in Burgdorf) weiterführen. Zur Modernisierung von Schulen gehört für uns auch die Ausstattung mit modernster Medientechnik wie z. B. W-LAN. In diesem Zusammenhang wollen wir die Erstellung eines Medienentwicklungsplanes prüfen und mögliche Synergieeffekte (durch gemeinsamen Einkauf) aufzeigen. Ebenso gehört die Umsetzung der Vorschriften zur Sicherheit in den regionseigenen Schulen, insbesondere mit Blick auf die Ausstattung mit Alarmierungsanlagen, für uns zu einer modernen Schule dazu. Für die weitere Umsetzung der im Berufsschulkonzept 2020 vorgesehenen Maßnahmen werden wir uns einsetzen und zudem Inklusionsvorhaben unterstützen. Die Attraktivität der regionseigenen Schullandheime wollen wir weiter aufrechterhalten.

Demokratie und Beteiligung

Wir sind für eine starke Demokratie, die sich gegen ihre Gegner wirksam verteidigt und die Diskriminierung von Minderheiten ablehnt. Gegen extremistisches Gedankengut in der Regionsversammlung werden wir eindeutig Stellung beziehen. Durch breit aufgestellte und aktive Beteiligung möglichst vieler Bürgerinnen und Bürger wollen wir mehr Transparenz schaffen. Die Beteiligung von jungen Menschen am politischen Geschehen unterstützen wir, indem wir z. B. das Projekt „Pimp your town“ als Beitrag zur politischen Bildung fortsetzen.

Kultur, Kunst und Sport

Ein vielfältiges und breites kulturelles Angebot trägt zur Lebendigkeit unserer Gesellschaft bei und erhöht die Lebensqualität und die Attraktivität der Region Hannover. Die Gedenkstätte Ahlem als besonderen Ort der Erinnerung wollen wir weiter unterstützen. Ohne dabei die kulturelle Vielfalt in der Region Hannover zu vernachlässigen, wollen wir möglichst viele Menschen in das kulturelle Leben einbeziehen und das soziale und kulturelle Potential aller Menschen entwickeln und anerkennen. Vereine in der Region Hannover sollen bei inklusiven Projekten Unterstützung erhalten. Ebenso wollen wir das Theater für Niedersachsen in der derzeitigen Form weiter unterstützen. Neben einer Prüfung des Angebotspektrums in der regionalen Kulturpolitik werden wir auch prüfen, wie eine Förderung für kleine Museen aussehen könnte.

Die beiden Sportbünde in der Region werden wir weiterhin fördern. Gleichzeitig setzen wir uns für eine zusätzliche Unterstützung für die Sportvereine ein, die an Integrationsprojekten oder der Flüchtlingshilfe mitwirken. Das Projekte „ecoSport“ soll fortgesetzt werden.

Wohnen

Die Region Hannover soll eine koordinierende, ergänzende Funktion bei der Ermittlung des Bedarfs für das Regionsgebiet unter besonderer Beachtung von bezahlbarem Wohnraum übernehmen. Sie unterstützt und fördert die Städte und Gemeinden u. a. über die Regionalplanung, um die planungsrechtlichen Voraussetzungen für den notwendigen sozialen Wohnungsbau zu schaffen, soweit dies erforderlich ist. Die Region wird das Wohnbauprogramm fortschreiben. Sie wird die regionsangehörigen Kommunen bei der Umsetzung von örtlichen Wohnbauprogrammen beraten und unterstützen. Die Gesellschaften (KSG, HRG) entwickeln Modelle zur zukunftsweisenden Wohnbauentwicklung und Umsetzung neuer, generationengerechter Wohnformen. Die Wohnbauentwicklung muss auch im ländlichen Bereich erfolgen, um das Leben in den Dörfern zu erhalten. Unser Ziel ist die Errichtung von deutlich mehr als 10.000 Wohneinheiten in den nächsten fünf Jahren, davon mindestens 1.000 Belegrechtswohnungen.

Soziales

Es soll eine Angebots- und Prozessoptimierung der vorhandenen Beratungs- und Unterstützungsangebote unter fachlichen Gesichtspunkten erfolgen. Dafür wird als Beratungsgrundlage ein Überblick über die von der Region geförderten Beratungsstellen im Sozial-, Gleichstellungs- und Jugendbereich mit den Beratungsleistungen und den dafür aufgewendeten Ressourcen zusammengestellt. Damit die Region Hannover attraktiver Lebensraum für Menschen jeden Alters bleibt, sind eine familienfreundliche Infrastruktur, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf

und der Erhalt der Mehrgenerationenhäuser und Mütterzentren von besonderer Bedeutung.

Es soll ein Prüfauftrag gestellt werden, um zu ermitteln, welche Angebote für Seniorinnen und Senioren im ÖPNV (z.B. Erweiterung des Frauennachttaxis) bei anderen Gebietskörperschaften existieren, welche Maßnahmen für die Region sinnvoll sind und welche Mittel für die Umsetzung einer Erweiterung des Angebots erforderlich wären.

Ferner wird ein Katalog (unter Einbeziehung des Jobcenters) von präventiven Maßnahmen zur Vermeidung/Verringerung von Altersarmut zu erarbeiten sein, der als Grundlage für eine Diskussionsreihe in der Region Hannover dienen wird.

Inklusion

Die weitere Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention ist uns ein zentrales Anliegen. Wir wollen, dass Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilhaben. Dafür müssen deren individuellen Belange in allen Fachbereichen berücksichtigt und mitgedacht werden. Die bereits begonnenen Maßnahmen müssen fortgeführt und in einigen Lebensbereichen wie Mobilität und Bildung noch intensiviert werden. Erst wenn jeder Mensch – mit oder ohne Behinderung – überall dabei sein kann, in der Schule, am Arbeitsplatz, im Wohnviertel, in der Freizeit, dann handelt es sich um verwirklichte Inklusion.

Dr. Matthias Miersch, MdB
Vorsitzender
SPD-UB Region Hannover

Dr. Hendrik Hoppenstedt, MdB
Vorsitzender
CDU Regionsverband Hannover

Silke Gardlo
Vorsitzende
SPD Regionsfraktion

Bernward Schlossarek
Vorsitzender
CDU Regionsfraktion